

30 m Carnallit, 660-m-Sohle, 20 m westl. des Schachts, 5 m Hartsalz, 7 m Carnallit, 660-m-Sohle, im Schacht u. östl. von ihm, 30 m Carnallit in wahrer Mächtigkeit. Die regelmässige Förderung wurde Ende 1912 aufgenommen. Vorläufige Anteil im Kalisyndikat ab 1./9. 1912 3.27 Tausendstel; jetzt ab 1./12. 1917 definitiv 3.8881‰. Auf die Lieferungs-berechtigung entfielen 1913 45 320 dz, 1914 43 678 dz, 1915 29 244, 1916 36 812, 1917 39 752 dz reines Kali. (Diese Berechtig. war für 1915 u. 1916 ganz u. 1917 teilweise an ein anderes Werk übertragen). Die Ges. Steinförde war auf Grund ihrer Aufschlüsse in der Lage, mit einer Chlorkaliumfabrik auch gleichzeitig eine Sulfatfabrik zu errichten, welche Bauten Ende Juli 1912 beendet wurden. Die Ges. hat 1912 u. 1913 die Aufschlussarbeiten in weiterem Umfange fortgesetzt; auch 1914 bis zum Kriegsausbruch. Tagesanlagen: Rohsalzmühle, Kesselhaus, Fördermasch.-Gebäude, Transformatorenstation, Rohsalzschuppen, Brunnenhaus, Kantine mit Arb.-Schlafhaus u. ein Direktorwohnhaus, Verwaltungsgebäude u. Chlorkaliumfabrik. Grubenanschlussbahn ist vorhanden. Mit dem Abteufen des zweiten Schachtes (Ges. m. b. H. Julius Wilhelm) wurde am 29./12. 1911 begonnen. Der Schacht ist ca. 200 m westlich von Schacht I angesetzt. Mit dem weiteren Abteufen ist eine Unternehmerfirma beauftragt, die aber die Arbeit bei Kriegsausbruch 1914 einstellte. Die Bestellung einer selbständigen Salzabbau-gerechtigkeit erfolgte 1911. Das Grubenfeld umfasst jetzt unter Hinzurechnung der noch erworbenen Wege u. Wasserläufe rd. 734 ha, gelegen in der Gemarkung Steinförde. Die Abflusswässer der Chlorkaliumfabrik werden durch eine 300 mm Rohrleitung, die auf dem Fabrikhofe des Werkes beginnt, nach der Aller geführt. Die Konz. für die Chlorkalium-Fabrik u. für die Ableitung der Abwässer in die Aller ist erteilt worden, u. zwar für eine Verarbeitung von 2500 dz tägl. Nach Kriegsbeginn wurde der Gruben- u. Fabrikbetrieb 1914 eingestellt u. erst im April 1917 wieder aufgenommen. Es wurden vorwiegend vor-gerichtete Salze gefördert. Nach M. 114 902 Abschreib. erhöhte sich 1914 die Unterbilanz aus 1913 (M. 134 126) auf M. 304 478, 1915 weiter auf M. 480 353, 1916 auf M. 716 283, 1917 auf M. 1 113 580. Die Ges. liess sich Ende 1914 unter Geschäftsaufsicht stellen.

Zweck: Ausbeutung der Steinförder Kalisalzlager.

Kapital: M. 3 900 000 in 3900 gleichber. Aktien à M. 1000; bis 1916: M. 3 900 000 in 300 abgest. St.-Aktien u. 3082 Vorrechts-Aktien A u. 518 Vorrechts-Aktien B à M. 1000. Über die Schaffung der Vorrechts-Aktien A siehe unten bei Schuldverschreib. von 1913.

Urspr. M. 4 000 000 in St.-Aktien, von denen M. 1 000 000 vollgez. Aktien als Teilzahl. für die Berechtsame valutieren (s. oben), während auf M. 3 000 000 bei der Gründ. 25% einz. u. restliche 75% in Raten von 15 bzw. 20% eingefordert wurden u. zwar die letzte Rate am 4./1. 1908. In der G.-V. am 8./4. 1910 ist das A.-K. durch Zus.legung der Aktien von 4:3 auf M. 3 000 000 herabgesetzt und durch Ausgabe von M. 900 000 in 1000 Vorz.-Aktien zu pari gleichzeitig wieder auf M. 3 900 000 erhöht. Diejenigen St.-Aktien, auf welche das Bezugsrecht auf Vorrechts-Aktien ausgeübt ist, erhielten ebenfalls den Charakter von Vorrechts-Aktien. Auf 900 Vorrechtsaktien wurde das Bezugsrecht ausgeübt u. sind damit durch Stempelaufdruck weitere 2700 Vorrechtsaktien geschaffen, so dass danach in Summa 3600 Vorz.-Aktien vorhanden sind. Die 14 nicht eingereichten Aktien sind für kraftlos erklärt u. die Ersatzstücke, ausser den 2 der Ges. gehörenden Vorrechtsaktien, kamen zur öffentl. Versteigerung. Der anteilige Betrag wird zur Verfüg. der Beteiligten deponiert. Wegen der Vorrechte der Vorrechts-Aktien siehe dieses Handb. 1917/18.

Ein am 28./11. 1916 unternommener Versuch, neue Betriebsmittel durch Zuzahlung auf die Aktien zu erhalten, fand nicht die Zustimmung der zu diesem Zwecke berufenen a.o. G.-V., dagegen beschloss diese die Aufhebung der Vorrechte der bisher vorhandenen beiden Aktienarten Lit. A u. Lit. B u. deren Gleichstellung mit den St.-Aktien. Durch diesen Beschluss wurde der Weg für einen inzwischen eingetretenen Wechsel im Aktienbesitz geebnet, indem mehr als drei Vierteile des A.-K. zum Kurse von 20% in den Besitz der Gew. Einigkeit I, übergingen.

Schuldverschreibungen: M. 924 600, davon M. 3000 unbegeben. Zur Beschaff. weiterer Mittel beschloss die G.-V. v. 5./6. 1913 die Ausgabe von bis zu 3900 Stück an Order gestellte Schuldverschreib. über je M. 300 zum Kurse von 90%, welche mit jährlich 6% vom 1./7. 1913 ab verzinst werden und von denen mind. der zehnte Teil der begebenen Stücke alljährlich, beginnend im Jahre 1915, zu pari amortisiert wird. Die Amort. erfolgt durch Auslos., die Auszahlung 6 Monate nach erfolgter Auslos. Aufgelegt v. 11.—25./6. 1913 bei dem Bankhaus Stern & Co. in Hannover. Auf jede Aktie konnte eine Schuldverschreib. bezogen werden. Sämtliche Vorrechts-Aktien waren mit Talons u. Div.-Scheinen einzureichen. Es wurden diejenigen Aktien, auf welche je eine Schuldverschreib. bezogen wurde, mit dem Stempelaufdruck: „Vorrechts-Aktie Lit. A laut G.-V.-B. vom 5./6. 1913“, die übrigen mit dem Stempelaufdruck „Vorrechts-Aktie Lit. B laut G.-V.-B. vom 5./6. 1913“ versehen. Das Bezugsrecht wurde von 3082 Vorrechts-Aktien ausgeübt, welche dadurch in Vorrechts-Aktien A umgewandelt wurden. Anfang 1917 fand eine Verschiebung im Besitz der 6% Schuldverschreib. statt, von denen die Gew. Einigkeit I mehr als zwei Dritteile zum Kurse von 40% übernahm. Eine am 15./3. 1917 stattgehabte Versamml. der Besitzer dieser Schuldverschreib. beschloss, auf rückständige u. künftige Zinsen zu verzichten, überdies die Auslos. von 1% erst 20 Jahre nach Beendig. des Krieges beginnen zu lassen.

Anleihe: M. 3 000 000 in 5% Oblig., rückzahlbar zu 103%. Stücke à M. 2000, 1000 u. 500. Zs. 1./4. u. 1./10. Die G.-V. v. 10./5. 1911 ermächtigte die Verwalt. zur Aufnahme derselben